

Deutschland hat Zukunft – Energiewende: Effizienzpotenziale im Gebäudesektor

Montag, 20.10.2014 um 10:00 Uhr

Lenbach Palais, Gobelinsaal

Ottostraße 6, 80333 München

Der Beitrag des Wärmesektors zur Energiewende

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Aigner,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem heutigen
Deutschland hat Zukunft-Kongress.

Es geht um ein Thema, das Staat, Unternehmern
wie Privaten gleichermaßen unter den Nägeln
brennt: Die Energiewende.

Aktuelles zur Energiewende

Sie ist breiter gesellschaftlicher Konsens.

Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft
begleitet von Beginn an die Debatte aktiv mit
Gutachten, Studien und Veranstaltungen.

Schon vor Fukushima, im Jahr 2010, hatten wir
mit unserem ersten Energiewirtschaftlichen
Gesamtkonzept einen Fahrplan zum Umbau des
Energieversorgungssystems vorgelegt und
seither kontinuierlich fortgeschrieben.

Wir, die Bayerische Wirtschaft, sehen aber die
Entwicklung der letzten drei Jahre mit großer
Sorge – und das ist noch gelinde ausgedrückt.

Vor allem in drei Bereichen besteht dringender Handlungsbedarf:

- Bei den Strompreisen
- bei der Versorgungssicherheit
- und bei der Energieeffizienz, unserem heutigen Thema.

Vorab kurz zum Strom und zur Versorgungssicherheit.

Wir haben vor kurzem Unternehmen der bayerischen Metall- und Elektroindustrie befragt, ob das Thema Stromschwankungen für sie Auswirkungen hat.

Die Ergebnisse sind beunruhigend:

- 70 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass sich die Energiewende negativ auf Ihr Unternehmen auswirkt,
- neun Prozent davon melden bereits jetzt Stromausfälle
- und weitere neun Prozent berichten von Spannungsschwankungen.

Das ist ein großes Problem, vor allem im produzierenden Gewerbe.

Kein Wunder, dass nach der Umfrage jedes zehnte M+E Unternehmen Standortverlagerungen ins Ausland in Betracht zieht:

Das hat auch etwas mit den hohen Strompreisen zu tun:

Die Industrie bei uns zahlt 50 Prozent mehr für Strom wie in Frankreich und mehr als doppelt so viel wie in den USA.

Die EEG-Novelle ist ein erster wichtiger Schritt, um die Strompreise in den Griff zu bekommen und den planlosen Ausbau der erneuerbaren Energien zu begrenzen.

Die Reformen müssen jetzt konsequent umgesetzt werden.

Wenn die Unternehmen weiterhin in Bayern investieren sollen, ist auch langfristiges Vertrauen in die Versorgungssicherheit unverzichtbar.

Natürlich sehen auch wir: Überall wo gebaut werden soll, regt sich Protest.

Die Bürger mitzunehmen ohne die Zukunft des Standorts aufs Spiel zu setzen, das ist die große gemeinsame Herausforderung.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Aigner, Sie wollen einen umfassenden Dialog mit Fachleuten und Betroffenen zu den Stromtrassen starten.

Wir gehen davon aus, dass dabei alle Punkte behandelt werden, die wir zum Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit brauchen.

Herauskommen muss ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das

- zentrale und dezentrale Energieversorgung,
- fossile und erneuerbare Energieträger,
- Speicherung und Netzausbau miteinander verknüpft und in Einklang bringt –
- und natürlich: alles energieeffizient.

Wir, die bayerische Wirtschaft, brauchen so schnell wie möglich Investitionssicherheit für die Zukunft.

Wir zählen darauf, dass der Dialog und die Entscheidungsfindung spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sind.

Nachholbedarf bei der Energieeffizienz

Meine Damen und Herren,

nun zu unserem heutigen Thema.

Bei der energiepolitische Debatte in Bund und Ländern bekommt man den Eindruck: Es dreht sich alles nur um Strom.

Dabei liegt es doch auf der Hand: Energie, die man nicht verbraucht, muss man nicht teuer erzeugen, transportieren oder speichern.

Der Gebäudesektor ist nach wie vor für rund 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs und 35 Prozent des Triebhausgas-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich.

Hier hätte die Energiewende ansetzen müssen!

Die Industrie in Deutschland und Bayern hat bereits Milliarden in die erfolgreiche Verbesserung ihrer Energieeffizienz investiert.

Die vbw hat im Jahr 2012 Prognos und Ökotec beauftragt, die Energieeffizienz der deutschen Industrie zu untersuchen.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen:

- Von 1990 bis 2010 ist die Energieintensität der deutschen Industrie um 35 Prozent gesunken

Und wir gehen noch weiter: Wir helfen mit unserem „QuickCheck Energiemanagement“, dass unsere Unternehmen sich energetisch weiter optimieren und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Doch wie sieht es im privaten Gebäudesektor aus?

Die Sanierungsquote bei den Eigenheimen beträgt seit langem nur knapp ein Prozent pro Jahr.

Von insgesamt 39 Millionen Wohnungen in Deutschland sind circa 80 Prozent vor 1984 gebaut und bis heute weitgehend unsaniert, was Gebäudehülle und Gebäudetechnik angeht.

Rund 65 Prozent der Fassaden in Deutschland sind nicht gedämmt, weitere 20 Prozent entsprechen nicht den aktuellen technischen Standards.

Bei uns in Bayern ist die Situation noch ungünstiger:

Ein Großteil unserer Wohngebäude stammt aus den sechziger oder siebziger Jahren. Hier besteht naturgemäß ein erhöhter Sanierungsbedarf.

Dabei lassen durch energetische Sanierung mehr als 50 Prozent des Energieverbrauchs einsparen.

Deutschland ist mittlerweile europäisches Schlusslicht, was zum Beispiel die Erneuerung alter Heizungsanlagen angeht:

Während

- in England 1,6 Millionen Altanlagen jährlich erneuert werden,
- in Italien 900.000,
- in Frankreich 700.000 – obwohl man dort nach wie vor auf Atomstrom setzt –

kommen wir in Deutschland seit Jahren auf gerade einmal ca. 600.000 Einheiten pro Jahr.

Über 16 Millionen sind erneuerungsbedürftig.

Die technischen Lösungen dafür sind vorhanden – und sie rechnen sich.

So betragen die Amortisationszeiten beim Austausch von Heiz- und Klimatechnik je nach Umfang der Sanierung zwischen drei und acht Jahren, bei zusätzlicher Dämmung zwischen zwölf und 15 Jahren.

Das zahlt sich für Mieter und Vermieter aus.

Warum aber werden solche sinnvollen Maßnahmen kaum getroffen?

Die Antwort lautet: Es fehlt an Verlässlichkeit, Planbarkeit und Sicherheit für Investoren – vor allem bei den privaten Hauseigentümern.

Und es gibt einen Förderdschungel, der kaum mehr zu durchblicken ist.

Zudem wissen zu wenige Eigentümer, wieviel Energie eingespart werden kann.

Untersuchungen zeigen: Mehr als drei Viertel der privaten Gebäudeeigentümer sind nicht einmal grob über den energetischen Zustand ihres Gebäudes informiert.

All das lässt nur einen Schluss zu: So wie es derzeit läuft, darf es nicht bleiben!

Forderungen der vbw

Deshalb lautet unsere zentrale Forderung:

Die Sanierungsquote muss rauf auf drei Prozent – und zwar dauerhaft!

Das ist ein ambitioniertes, aber ein notwendiges Projekt, wenn wir die von der Politik gesteckten Energie- und Klimaziele erreichen wollen.

Es ist enorm wichtig, dass der Staat mit gutem Beispiel voran geht und die Einsparerfolge öffentlich kommuniziert.

So entstehen wichtige Vorbildprojekte, die den privaten Investoren als Orientierung dienen können.

Gerade hier würden wir uns mehr Entschlossenheit wünschen.

Wie ist die Drei-Prozent-Marke zu schaffen?

Ich möchte zwei Punkte aufgreifen, die wir als vbw seit Jahren fordern:

Erstens. Wir brauchen ein attraktives steuerliches Abschreibungsmodell:

Die energetischen Maßnahmen müssen steuerlich absetzbar sein.

Als Zielmarke nennen wir „zehn Mal zehn“: Zehn Prozent über zehn Jahre.

Die steuerliche Förderung ist eine sinnvolle Ergänzung zum Marktanreizprogramm und zur KfW-Förderung und ein Wachstumsimpuls für Konjunktur und Beschäftigung.

Im restlichen Förderdschungel könnte dann aufgeräumt werden.

Bisher war das Thema „steuerliche Förderung“ ein Trauerspiel: Nach langem Hin und Her ist das Gesetzesvorhaben zweimal im Bundesrat gescheitert.

Im geltenden Koalitionsvertrag steht davon kein Wort mehr.

Erfreulicherweise hat uns die Bayerischen Staatsregierung zugesagt, einen weiteren Vorstoß in Richtung steuerliche Absetzbarkeit zu

unternehmen – dafür vielen Dank, Frau
Staatsministerin!

Vernünftig ist das allemal.

Denn laut der dena – der Deutschen Energie-
Agentur löst ein eingesetzter Steuereuro
mindestens acht Euro an Investitionen aus. Dazu
wird uns Herr Kohler sicherlich heute noch mehr
sagen.

Eine Untersuchung des Volkswirtschaftlichen
Instituts für Mittelstand und Handwerk hat zudem
ergeben, dass eine steuerliche Förderung von 1,5
Milliarden Euro Zusatzeinnahmen von 2,3
Milliarden Euro generieren würde.

Das bedeutet also ein fiskalisches Plus von fast
800 Millionen Euro!

Das sollte man vor dem Hintergrund von
Haushaltsfragen nicht vergessen.

Ich komme zum **zweiten Punkt** unserer Forderungen:

Zur Erhöhung der Sanierungsquote brauchen wir eine bessere Lastenverteilung zwischen Mieter und Vermieter.

Obwohl eine energetische Sanierung in erster Linie dem Geldbeutel des Mieters in Form einer niedrigeren Nebenkosten-abrechnung zugutekommt, hat derzeit der Vermieter die Hauptlast zu tragen.

Erhebungen zeigen:

70 Prozent der Mieter wären bereit, für eine energetische Modernisierung auch eine Mieterhöhung in Kauf zu nehmen.

Das sollte die Politik zum Handeln bringen.

Steuerliche und rechtliche Fragen sind die eine Seite.

Information, Beratung und Transparenz über bestehende Angebote und Umsetzungsmöglichkeiten sind die andere Seite.

Das wollen wir gemeinsam mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium jetzt angehen:

Wir, die vbw, wollen eine neue Internet-Plattform „Energie weiß-blau“ starten.

Auf dieser Plattform wollen wir das Angebot der bayerischen Wirtschaft rund um die Energie in seiner ganzen Breite zeigen.

Wir wollen die Industrie genauso einbinden wie Gewerbetreibende und Privatleute.

Denn wir sind überzeugt:

Nur wenn wir an sämtlichen Stellschrauben drehen, wird es gelingen, die Energiewende zum Erfolg zu bringen.

Die Steigerung der Energieeffizienz kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Schluss

Meine Damen und Herren,

Dass die Energiewende mehr ist als die Umstellung der Stromerzeugung, das muss noch viel stärker ins Bewusstsein kommen – sprich: konkret umgesetzt werden.

Schaffen wir gemeinsam Voraussetzungen, die potenzielle Investoren ermutigen.

Die vbw wird diesen Prozess wie gewohnt konstruktiv-kritisch begleiten.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, danke für Ihr Kommen.

Ich freue mich nun auf Ihre Ausführungen und wünsche uns allen eine informative und erkenntnisreiche Veranstaltung, die uns hoffentlich wieder einen Schritt weiterbringt.